

# Landfrauenschule soll bleiben

## Minister Gerhard Weiser in Kupferzell / Schulleiterin für Anbau

Kupferzell (hz): Auf Einladung von Fritz Knöll, dem Vorsitzenden des CDU-Agrar Ausschusses im Hohenlohekreis, kam Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser nach Kupferzell. Man traf sich für zwei Stunden in der Landfrauenschule zu einem Fachgespräch über vorwiegend landwirtschaftliche Themen. Es kamen Offizielle und eine große Zahl von CDU-Agrariern, die ebenso wie die Schülerinnen der von Frau Dr. Dobler geleiteten Landfrauenschule sehr interessierte Zuhörer und aktive Diskussionsredner waren.

Bevor Fritz Knöll das „Frage-und-Antwort-Spiel“ mit dem Herrn Minister eröffnete, erinnerte er an die lokalen Probleme Kupferzells. Hierzu gab er der Hausherrin das Wort, die nach einem Willkommensgruß die Gelegenheit nützte, dem Minister die Sorgen ihrer Schule vorzutragen. Gerade da sie den Eindruck habe, „ihre Arbeit wie auf einer Insel verrichten zu können“, wolle sie den Wunsch äußern, daß die Schule – die einzige ihrer Art im Land – ihre Arbeit auch längerfristig fortsetzen könne. Dies sei jedoch nur nach baulichen Konsequenzen in den nächsten Jahren gesichert. Gedacht werde hierbei an den notwendigen Bau eines Schlaftraktes für etwa 60 Schülerinnen.

Der Minister, der das Gespräch unter dem Gesichtspunkt sah, „Probleme austauschen, um zu realisierbaren Lösungen zu kommen“, stellte zu der vorgetragenen Problematik fest, daß die Schule erhalten bleiben solle, da sie sich bewährt habe. Die im Land anstehenden Probleme könnten jedoch nur schrittweise angegangen werden. Nach Projekten in Aulendorf und Weinsberg habe Kupferzell die höchste Priorität.

Nach dieser günstigen Zukunftsperspektive für die Landfrauenschule wandte man sich den zahlreichen und schwerwiegenden Problemen der Landwirtschaft zu. Die Marktordnung der EG, insbesondere der Milchmarkt, die Agrarsozialpolitik, der Grenzausgleich, das Waldsterben, die Fleischbeschaugebühren, die Altersversorgung und das Brandweinmonopol waren die aktuellen Themen, zu denen sich der Minister äußerte und die in der Diskussion vertieft wurden.

Von besonderem lokalen Interesse war die Behandlung der Ausweisung von Wasserschutzgebieten, die im Jahr 1984 eine Schwerpunktsarbeit des Landratsamts sein wird. Wenn auch jedermann die Notwendigkeit der Ausweisung solcher Gebiete einsehe, so dürfe doch nicht verkannt werden, daß den betroffenen Landwirten teilweise Bewirtschaftungsbeschränkungen auferlegt würden, die bis zu enteignungsgleichen Eingriffen führen könnten. Dem Minister wurde quasi als Hausaufgabe mit auf den Weg gegeben, baldmöglichst praktikable Grundlagen für die notwendige Entschädigung der von der Ausweisung betroffenen Grundstücke zu erarbeiten.